

# p r e s s e - i n f o r m a t i o n

PM 11/2014

23.05.2014

## **VATM-Paneldiskussion auf der ANGA COM: TK-Experten sehen Flatrate-Angebote auch in Zukunft nicht gefährdet Diskriminierungsfreier Netzzugang im Interesse aller Marktteilnehmer**

*Köln, 23.05.2014.* Die bei Verbrauchern so beliebten Pauschaltarife für Telefonie und Daten (Flatrates) wird es trotz der enormen Investitionskosten für den verstärkten Netzausbau auch in Zukunft weiter geben. Beim Strategie-Panel des VATM zum Thema „Netzqualität und Netznutzung – Brauchen wir Geschäftsmodelle jenseits der Flatrate?“ waren sich alle teilnehmenden Experten einig darüber, dass es Flatrates auch in fünf Jahren noch geben wird, sich diese aber verändern dürften. Die Diskussionsrunde fand im Rahmen des Kongressprogrammes der ANGA COM statt. „Mengen- und Qualitätskomponenten werden in der Zukunft für die Verbraucher, aber auch für die Unternehmen und die deutsche Wirtschaft – Stichworte Industrie und Gesellschaft 4.0 – immer wichtiger werden“, sagte VATM-Geschäftsführer Jürgen Grützner in seinem Impulsstatement.

„Für den Großteil der Kunden sind Flatrates das richtige Angebot“, zeigte sich Peter Zils, Vorstandsvorsitzender der ecotel communication AG, überzeugt. Unternehmen und Privatkunden seien aber durchaus bereit, für Qualität und Service auch mehr zu bezahlen. „Die Ausdifferenzierung der Flatrate-Angebote werde sicher fortschreiten“, so Johannes Pruchnow, Vorsitzender der Geschäftsführung der Versatel GmbH. „Wichtig ist, dass für den Verbraucher Transparenz herrscht“, sagte er unter Zustimmung aller Panelisten. Bei Geschäftskunden sei die stärkere Differenzierung schon durchaus üblich – zum Beispiel mit unterschiedlichen Bandbreiten, Upstrams und Servicepaketen. „Eine höhere Qualität der Angebote ist technisch möglich“, erklärte Pruchnow.

Die Debatte um die Dienstqualität und Netzneutralität war Schwerpunkt in der VATM-Runde. Dabei herrschte Einigkeit unter den Panelisten, dass das Best-Effort-Prinzip im Internet beibehalten werde. „Es geht nicht darum, Best Effort gegen qualitätsgesicherte Dienste auszuspielen und das Eine durch das Andere zu ersetzen. Sondern es geht darum, zusätzlich zum Best-Effort-Internet weitere Dienste anzubieten, die gewünscht und nachgefragt werden“, verdeutlichte Dr. Andrea Huber, Geschäftsführerin der ANGA Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber. Wenn die EU-Regulierung so käme, wie sie derzeit diskutiert werde, könnten viele für Kunden interessante Dienste nicht umgesetzt und angeboten werden.

„Best Effort ist das Standardangebot“, betonte auch Dr. Stephan Korehnke, Head of Regulatory Strategy and Law, Vodafone GmbH. Es werde aber immer mehr Dienste etwa bei der Verkehrslenkung und Telemedizin in Echtzeit geben, die eine besondere Qualität benötigen. Man bekenne sich weiterhin zum Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit – auch dies wurde von den anderen Diskutanten bestätigt. „Wir haben überhaupt kein Interesse daran, die Angebotsvielfalt künstlich zu beschränken. Das würde uns nur selbst schaden. Letztendlich entscheidet der Endkunde über jedes Geschäftsmodell. Wir sollten die Entwicklungen abwarten, bevor wir hier zu Verboten kommen“, appellierte Dr. Korehnke. Ansonsten würden europäische Telekommunikationsunternehmen im Vergleich zu amerikanischen aufgrund un-

terschiedlicher Regelungen zurückfallen. Was mit dem Single-Market-Entwurf als Wachstumspaket auf EU-Ebene gedacht war, werde dann eher zum Hemmnis. „Deutschland muss bei den Verhandlungen in Brüssel eine ganz aktive Rolle spielen“, forderte er.

Dr. Jan Krancke, Vice President Regulatory Strategy and Economics bei der Deutschen Telekom AG, ging auf das Spannungsfeld zwischen stark wachsendem Datenverkehr und großem Investitionsbedarf in den Breitbandausbau ein. „Wenn die Politik strenge Regeln für die Netzneutralität schafft, ist die Entscheidung gefallen: Nur der Endkunde zahlt und nicht die Diensteanbieter, die auf Basis der Infrastruktur riesige Gewinne einfahren“, sagte der Regulierungsexperte der Telekom. Angesichts der konvergierenden Netze und Dienste müsse das Thema Netzneutralität auf globaler Ebene diskutiert werden. „Ich würde mir in Europa mehr Pragmatismus wünschen“, so Dr. Krancke. Die Politik solle zunächst beobachten, ob wirklich ein Problem bei neuen Qualitätsklassen und Angeboten auftauche. „Wenn wir beim Thema Netzneutralität in Europa falsche Regelungen bekommen, werden wir mit unserer Internetwirtschaft gegenüber den USA weiter zurückfallen. Das können wir uns nicht leisten“, warnte er.

Peter Zils von ecotel betonte noch einmal die Rolle des Wettbewerbs. „Die Politik muss den Wettbewerb unbedingt stärken, damit es gar nicht erst zu kritischen Situationen kommt.“ VATM-Geschäftsführer Jürgen Grützner abschließend: „Es ist nicht im Sinne der Branche, zu Diskriminierungen zu kommen, die die Politik über kurz oder ganz kurz zu Reaktionen nötigt, die wir alle nicht wollen. Daher appelliere ich an die Politik: Warten Sie ab, ob wir es in der Wirtschaft schaffen, für Fairness zu sorgen. Wenn wir dies tun, ist das der beste Weg für alle und schafft am meisten Wettbewerb und Nutzen.“

#### Informationen

Verband der Anbieter von  
Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V.  
VATM-Geschäftsstelle

Corinna Keim, André Klein  
Frankenwerft 35  
50667 Köln  
Telefon: 02 21 / 3 76 77-23

#### Verteiler

Schol & Friends Profile

Sabine Tjørnelund  
Zollhof 11  
40221 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 60 20 80

VATM im Internet: [www.vatm.de](http://www.vatm.de)  
mailto: [presse@vatm.de](mailto:presse@vatm.de)

Im VATM sind 120 der im deutschen Markt operativ tätigen Telekommunikations- und Dienstleistungsunternehmen aktiv. Alle stehen im direkten Wettbewerb zum Ex-Monopolisten Deutsche Telekom AG und engagieren sich für mehr Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt – zugunsten von Innovationen, Investitionen und Beschäftigung. Seit der Marktöffnung im Jahr 1998 haben die Wettbewerber im Festnetz- und Mobilfunkbereich Investitionen in Höhe von rund 58,1 Mrd. € vorgenommen. Unmittelbar sichern die neuen Festnetz- und Mobilfunkunternehmen über 54.300 Arbeitsplätze in Deutschland sowie zusätzlich etwa 50 Prozent der Beschäftigung in den Zulieferbetrieben.